

# Zuwanderung als Projekt des Kapitals

## Vom Nationalstaat zum Einwanderungsland

In der Koalitionsvereinbarung der CDU-FDP-Regierung von 1983 („die Wende“<sup>1</sup> genannt) war zu lesen:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Es sind daher alle humanitär vertretbaren Maßnahmen zu ergreifen, um den Zuzug von Ausländern zu unterbinden.“ (Koalitionsvereinbarung CDU–FDP 1983)

Heute sagt Angela Merkel „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ und die deutsche Industrie fordert von Deutschland eine „Willkommenskultur“.

Sagte Helmut Kohl einst „Die Zahl der ausländischen Mitbürger muss verringert werden“ (Kohl 1982), so misst die derzeitige Regierung den Erfolg Deutschlands geradezu daran, „wie viele Menschen zu uns kommen wollen.“ (Merkel 2014)

Die „Gastarbeiter“ sind heute „Bürger mit Migrationshintergrund“

Auch der CDU–Oberbürgermeister, dessen politische (und meistens auch biologische) Vorfahren die Wende von 1933 begeistert begrüßt haben, bezeichnet jugendliche Neonazis als „Schande für Deutschland“ und ruft zu einer Demonstration „gegen Rechts“ auf.

Zwischen 1980 und 2010 gab der **geschäftsführende Ausschuss der herrschenden Klasse**, „die Politik“, den deutschen Nationalstaat auf, für den er in den letzten hundertfünfzig Jahren drei Kriege geführt und Millionen Menschen geopfert hat.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die Staatsangehörigkeit beruht — im Gegensatz zu den Nationalstaaten Osteuropas, in die allerdings auch niemand einwandern möchte — nicht mehr auf Abstammung, Sprache oder Geschichte, sondern auf dem Nutzen für „unser Land“, das heißt die *Wirtschaft* „unseres“ Landes.

Ich will diesen Wandel weder begrüßen noch bedauern. Ich frage nur nach dem *Grund*.

Mit Sicherheit wird dieser Grund nicht sein, dass jemand aus ihren Reihen „klüger“

---

<sup>1</sup>Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts vollzog sich in „Wenden“: die erste „Wende“ war 1933 (Hitler wird Reichskanzler), die zweite „Wende“ war 1983 (Helmut Kohl wird Bundeskanzler: Abbau des Sozialstaats), die dritte „Wende“ war 1989 (Wiedervereinigung und Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung, symbolisiert durch die Gründung der „Tafeln“ 1990). Jede dieser Wenden war ein Raubzug gegen die Bevölkerung.

geworden ist. Politiker werden nicht für ihre höhere Einsicht bezahlt, sondern für die Durchsetzung von Interessen.<sup>2</sup> Welche Interessen waren es also, die zur Aufgabe des Nationalstaats geführt haben?

## Der Wirtschaft wird ihr Volk zu teuer.

*Der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums entspricht das ständige Anwachsen des Staatsapparats. Der Staat, geschäftsführender Ausschuss der Bourgeoisie und notwendiges Produkt der kapitalistischen Klassengesellschaft, verwandelt mehr und mehr gesellschaftliche Tätigkeiten in bürokratische Tätigkeiten seiner Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie.*

(Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Mannheim 1974)

Was der Lohnarbeiter sich mit seiner Arbeit produziert, ist sein Leben(-sunterhalt), „gagner sa vie“ auf französisch, „earning one’s living“ auf englisch.

Er „reproduziert seine Arbeitskraft“ (Karl Marx). Mehr nicht. Diese Reproduktion mag mehr oder weniger vollständig, der Lohn mag höher oder niedriger sein, doch könnte der Lohnarbeiter mehr verdienen als seine Reproduktion, wäre er nicht *lohnabhängig*, also kein Lohnarbeiter.

Aber er bekommt nur **seine** Arbeitskraft bezahlt, mag er nun „viel“ oder „wenig“ verdienen. Kein Unternehmer kann einem Arbeiter das Doppelte, Drei- oder Vierfache zahlen, bloß weil der Mann eine zahlreiche Familie hat. Also wird der Lohn des Lohnarbeiters *notwendigerweise unzureichend* sein, wie hoch er auch sein mag, und um so unzureichender, je größer die Familie ist. Die Reproduktion ist unvollständig.

Der unzureichende Lohn kann dadurch ausgeglichen werden, dass auch andere Familienangehörige, insbesondere natürlich die Frauen, denen ja nichts fehlt, was ihrer Verwertung entgegenstünde, in die Lohnarbeit hinein gehen. Deren Arbeitskraft fehlt dann aber bei der Reproduktion und muss nun als *Dienstleistung* gekauft werden. Die Reproduktion der Arbeitskraft (das, was die Lohnabhängigen gewohnt sind, für ihr „Leben“ zu halten), wird also teurer.

**Im Unterschied zu früheren Zeiten** ist jedoch in den *hochindustrialisierten Ländern* (Länder, in denen nur wenige Prozent der Erwerbsbevölkerung noch im primären Sektor

---

<sup>2</sup>Manche werden direkt für eine bestimmte Einflussnahme bezahlt, die meisten einfach für eine bestimmte politische Linie. Das ist vergleichbar mit der Tätigkeit eines Rechtsanwalts. Nicht umsonst ist der Bundestag nicht nur sprichwörtlich („ob voller oder leerer, immer ...“) voller Lehrer, sondern vor allem voller Advokaten.

arbeiten) Lohnarbeit und Lohnabhängigkeit<sup>3</sup> kein Problem von Pauperisierten und keine vorübergehende Phase in der Biographie von Individuen mehr, wie es dies noch zur Zeit von Marx und Engels war, sondern die Lebensform der Masse der Bevölkerung. Damit hat die Sache eine andere Qualität bekommen:

Die Versorgung der noch nicht oder nicht mehr verwertbaren Bevölkerung geht mehr und mehr in die Hände des Staates über. (Kindertagesstätten, allgemeinbildendes Schulwesen, Altersheime, Krankenhäuser)

In den hochindustrialisierten Ländern leben in der Konsequenz nicht nur Arme und Außenseiter, sondern **die gesamte werktätige Bevölkerung** unabhängig von irgendwelchen Notsituationen zu einem bestimmten Prozentsatz auf Staatskosten. Unabhängig von Austeritätsprogrammen steigt dieser Prozentsatz stetig.

Die Übernahme vormals gesellschaftlicher Tätigkeiten durch den Staat wird allgemein mit „Wohlstand“ in Verbindung gebracht; der „Wohlfahrtsstaat“ ist aber auch mit äußerster Verelendung vollständig vereinbar.

Als Dienstleistung bewertet<sup>4</sup>, würde die Aufzucht eines Staatsbürgers, wie man es regelmäßig am 8. März oder am Muttertag liest, rund 300.000 Euro kosten. (Natürlich nur in der Basisversion; mit Abitur und Studium ist er wohl etwas teurer. Bei Aufzucht mehrerer Exemplare kommt der einzelne etwas billiger, man kennt das aus dem Supermarkt.) Mögen es 200.000 oder 500.000 sein — es handelt sich jedenfalls um einen Betrag, vor dem normalerweise selbst ausgesprochen wohlhabende Leute zurückschrecken würden. Zumal der Unterhaltungs- und Gefühlswert der kleinen Affen schnell abnimmt, da sie zwangsläufig ihren Erzeugern immer ähnlicher werden. (Als Alternative bietet sich die sinnfreie Aufzucht von Hunden und Katzen an. Nicht zum Essen, nicht zum Schutz des Eigentums, nicht zum Mäusefangen, sondern zum „Liebhaben“.)

Die Aufzucht von Staatsbürgern ist in der hochindustrialisierten Gesellschaft wirtschaftlich höchst unvernünftig. Damit die Reproduktion überhaupt stattfinden kann, muss also in der hochindustrialisierten Gesellschaft die Familie dauerhaft subventioniert werden.

Das geschieht indirekt durch Steuerermäßigungen, direkt durch Kindergeld, Wohngeld usw. (Eine **ständige Sozialpolitik**, die über episodische Katastrophenhilfe und Armenfürsorge hinausgeht, gibt es erst seit dem 20. Jahrhundert.)

Dadurch ändern sich die Machtverhältnisse innerhalb der Familie: Die unvollständige Reproduktion des Massenarbeiters führt dazu, dass der Familienvater auch in normalen,

---

<sup>3</sup>„Lohnabhängig“ ist, wer vom Verkauf seiner Arbeitskraft lebt. Die Bevölkerung der hochindustrialisierten Staaten ist so sehr proletarisiert, dass sie ohne weitergehendes Nachdenken diese Lebensweise ebenso wenig hinterfragen kann wie die Luft, die sie atmet. Die Lohnabhängigkeit ist allgemein. Marx hat recht behalten, wenn auch auf andere Weise, als er es sich vorgestellt haben mag.

<sup>4</sup>Wir verkaufen unsere Kinder nicht auf dem freien Markt oder ziehen sie im Auftrag der BASF oder des Familienministeriums groß. Der Gedanke, Kinder als Ware und ihre Aufzucht als Dienstleistung zu betrachten, erregt immer noch Abscheu und Befremden, obwohl sonst hierzulande niemand auch nur einen Futz lässt, ohne ihn als künstlerische Darbietung zu verkaufen.

günstigen Zeiten real nur noch einen Bruchteil des Familieneinkommens (vielleicht mehr, vielleicht weniger als die Hälfte) „mit seiner Hände Arbeit“ verdient. Dadurch wächst automatisch der Anteil der Frau am Familieneinkommen.

Die Entwicklung verstärkt sich durch längere Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung des Mannes. Die ökonomische Abhängigkeit der Frau verringert sich. Der frühere „Ernährer“ wird zur Belastung.

Der Staat muss da, wo kein zahlungsfähiger Erzeuger zu ermitteln ist, irgendwie den Unterhalt von Kindern – die ja immerhin die zukünftigen Staatsbürger werden sollen – sicherstellen, **und damit aber auch den Lebensunterhalt der zwangsläufig dazugehörigen arbeitslosen Mütter**. Und mehr könnte eine *gering qualifizierte Arbeitskraft*, ob weiblich oder männlich – und die *Masse* der Lohnabhängigen ist in der Konkurrenzgesellschaft *immer* gering qualifiziert, selbst wenn sie noch so gut ausgebildet wäre, – sowieso von keiner möglichen Arbeit erwarten. Während in der Kindheit des Kapitalismus sprichwörtlich „das Elend der Witwen und Waisen zum Himmel schrie“, wird es unter heutigen Bedingungen für eine Frau **relativ** günstiger sein, ihr Kind alleine aufzuziehen als einem Geringverdiener die Ehefrau zu machen.<sup>5</sup>

Die zu Anfang des 20. Jahrhunderts bereits auf „Vater–Mutter–Kind“ reduzierte Familie wird zur „Mutter–Kind–Familie“.

Wo es aber keine unterhaltspflichtigen und zahlungsfähigen Ehepartner oder Kinder gibt, da gibt es auch niemand, den der Staat für die Unterhaltskosten der noch nicht oder nicht mehr verwertbaren Bevölkerung in Regress nehmen kann.<sup>6</sup> Das Prinzip der *Subsidiarität* (Der Staat tritt in sozialen Notfällen erst als letzter ein) wird tendenziell außer Kraft gesetzt.

Der Zerfall der Familie verteuert die Arbeitskraft. Das Problem des hochindustrialisierten Staates ist: Es werden **zu wenig** Arbeitskräfte, und diese **zu teuer** produziert.

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit — durch Verkürzung der Schulzeit und Erhöhung des Renten- Eintrittsalters — bringt nur wenig.

Die deutsche Wirtschaft braucht Arbeitskräfte, die billiger produziert sind und eine „po-

---

<sup>5</sup>Das „*Heraustreten der Frau aus der jahrtausendealten Familiensklaverei*“ (Lenin) wird im linken Milieu als Emanzipation verhandelt. Es ist auch eine Emanzipation, allerdings nur in dem Sinne wie die Verwandlung der Negersklaven der USA in freie und gleiche Lohnarbeiter.

<sup>6</sup>Daher wird versucht, das Rechtskonstrukt der Ehe auf andere Lebensgemeinschaften auszuweiten. Den Anfang machen die Homosexuellen, von denen es eine nennenswerte Zahl gibt und für die — unter den Lebensbedingungen hochindustrialisierter Länder — ihr geduldeter oder halblegaler Status bisher vorteilhaft war, da keiner aus einem solchen Verhältnis Unterhaltsansprüche geltend machen konnte.

Es gibt bereits Überlegungen, das Modell der „eingetragenen Lebenspartnerschaft“ auf alle möglichen anderen Formen des Zusammenlebens auszudehnen, z. B. zusammenlebende Geschwister und (Alters-)Wohngemeinschaften, Hauptsache, die Staatskasse wird nicht belastet.

Allerdings ist die Bereitschaft „Verantwortung für einander zu übernehmen“, schwach ausgeprägt und wird noch stark nachlassen. Denn wenn homosexuelle Lebensgemeinschaften als „Ehe“ anerkannt sind, dann kann man die Beteiligten zwingen, erst einmal Unterhalt von einander zu fordern, statt vom Staat.

sitive Grundeinstellung“ mitbringen — Einwanderer. Das ist schließlich der Weg, auf dem es die USA zur Weltmacht gebracht haben.

Nur ist die Einwanderung in ein hochindustrialisiertes Land etwas anderes als die Einwanderung nach Amerika im 18. oder 19. Jahrhundert. So wie das Abendrot etwas anderes ist als das Morgenrot.

## Zuwanderung als Ressource

*... die Erfahrung zeigt, daß alle auswandernden Elemente eher aus den gesündesten und tatkräftigsten Naturen bestehen, als etwa umgekehrt.*

(Adolf Hitler, Mein Kampf)

Die modernen Verkehrsmittel machen es möglich, dass die Arbeiter aus der ganzen Welt mit den Arbeitern aus Deutschland konkurrieren können. Also lassen sich die Löhne der Dritten Welt mit der Infrastruktur der Industriegesellschaft verbinden. (Nicht 1:1, aber da geht noch viel. Die Praxis zeigt es.)

Die Einwanderung hat große Vorteile gegenüber dem Export von Produktionsanlagen in Billiglohnländer. Denn billige Arbeitskraft allein nützt nichts, wenn man erst Straßen und eine Infrastruktur bauen muss.

Auch der profitabelste Kapitalexport kostet zunächst einmal Geld. **Zuwanderer kosten nichts**, denn sie bezahlen ihre Zuwanderung selbst. (Wir müssen die Leute nicht erst anwerben, wie noch zu Beginn der Einwanderung in den fünfziger und sechziger Jahren, wir können, dank des Staatszerfalls in den Ländern der Dritten Welt, sogar „Eintrittskarten“ verkaufen.) Ihre „Integration“ (Sprachkurse, Berufsbildung und was sonst noch dazu gehören mag) wird von den Sozialkassen bezahlt, geht also auf Kosten der Einheimischen und kostet die Industrie ebenfalls nichts. Und es kommen auch keine Wilden aus dem Urwald, sondern die meisten sind schon für eine Lohnarbeiterexistenz formatiert. Manche haben schon eine Ausbildung, auf der man aufbauen kann.

**Einwanderung bringt Leben in den Arbeitsmarkt.** Die Einwanderer sind der Hebel, Löhne niedrig zu halten, Sozialstandards zu senken und überhaupt den „deutschen Kartoffeln“ (Antifa-Jargon)<sup>7</sup> ihre Anspruchshaltung auszutreiben. Schon die Einwande-

---

<sup>7</sup>Genau wie die Rechten ethnisiert auch das linke Milieu den sozialen Konflikt, wie die Metapher von der „deutschen Kartoffel“ zeigt: Deutsche gegen Ausländer. Dabei sind die Einheimischen schon eine ganze Weile nicht mehr identisch mit den „Deutschen“: Deutschland ist de facto seit 1963 Einwanderungsland. (Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland). Wenn man sich die Kandidatenlisten rechter Vereine ansieht, wimmelt es da von süd- und osteuropäischen Namen. Der jüngst wegen „Volksverhetzung“ verurteilte bosnisch-pfälzische NPD-Funktionär Zafet Babic ist das beste Beispiel.

rung der neunziger Jahre<sup>8</sup> hat wesentlich dazu beigetragen, die Arbeitszeit auszudehnen, Rechte der Lohnabhängigen widerstandslos zu kassieren und einen Niedriglohnsektor zu schaffen.

Vom Standpunkt der Wirtschaft — und das ist in einer Marktwirtschaft der letztlich entscheidende — ist das Problem nicht, dass fruchtbare Migranten das „christliche Abendland“ majorisieren oder die weiße Rasse verdunkeln, wie die Rechten vermuten. Auch nicht die „Bildung von Parallelgesellschaften“, sondern das Gegenteil: die schnelle Integration der Migranten in die einheimische Unterschicht, und die Zunahme von „Mutter-Kind“-Familien, der Zerfall der patriarchalen Familie, das heißt jener sozialen Verhältnisse, welche die Grundlage der Produktion billiger Arbeitskraft bildeten. Wenn die Migranten Einheimische, also „Deutsche“ geworden sind, fangen sie aber an, „*uns Geld zu kosten, statt uns Geld einzubringen*“. (Seehofer, CSU) Sie vermehren die nicht verwertbare Bevölkerung.

Dagegen gibt es nur ein Mittel: weitere Einwanderung.

Die Wirtschaft benötigt also nicht einfach Arbeitskraft, sondern einen **beständigen Zufluss von neuer Arbeitskraft**.

*„Der Kapitalismus ist die erste Wirtschaftsform mit propagandistischer Kraft, eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdenrund auszubreiten und alle andern Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet. Er ist aber zugleich die erste, die allein, ohne andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und ihren Nährboden, nicht zu existieren vermag, die also gleichzeitig mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit zerschellt, eine Weltform der Produktion zu werden. Er ist ein lebendiger historischer Widerspruch in sich selbst, seine Akkumulationsbewegung ist der Ausdruck, die fortlaufende Lösung und zugleich Potenzierung des Widerspruchs.“* (Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Voltmedia, S.544)

Die Bewegung wird erst zum Stillstand kommen, wenn die Produktionskosten der Ware Arbeitskraft überall gleich sind.

---

<sup>8</sup>Die Einwanderung der Russlanddeutschen wurde damals noch nationalistisch als *Rückwanderung von deutschem Blut* begründet. Auch darin waren sich alle „demokratischen Parteien“ einig. Die Russlanddeutschen waren damals kaum beliebter als die arabischen Zuwanderer heute. Aber die soziale Lage der einheimischen Bevölkerung war damals noch besser.

Als ich zu Beginn der neunziger Jahre eine Veranstaltung der SPD besuchte, kam ich mir vor wie bei der NPD, so eifrig versuchte der Referent klar zu machen, dass die Russlanddeutschen „richtige Deutsche“ seien, die „sich zu ihrem Deutschtum bekannt“ hätten und so weiter. (Die Russlanddeutschen wurden damals als *die* Lösung der demographischen Probleme der BRD dargestellt: Gut ausgebildet, aber trotzdem kinderreich, fromm, fleißig und antikommunistisch.)

Kein Wunder, wenn sich einige Russlanddeutsche heute verraten und verkauft fühlen.

## „Für eine solidarische Gesellschaft“: Mit christlicher Nächstenliebe und Sozialrassismus gegen die Unterschicht

*„Konservative und Rechte klammern sich an die längst unhaltbar gewordene Fiktion von einem 'rassisch reinen' Deutschland und fordern noch härtere Gesetze gegen Ausländer.“ (Zitiert aus der Homepage eines pensionierten linken Oberstudienrats aus Hannover im Jahr 2015<sup>9</sup>)*

Das stimmt schon seit (mindestens) dreißig Jahren nicht mehr. Solche deutschnationalen Ideologen<sup>10</sup> mag es ja noch geben, aber dieser deutschnationale Patriotismus ist schon lange nicht mehr im Interesse der Wirtschaft.

Die **wirklichen** Konservativen und Rechten von heute sind weit entfernt davon, „Gesetze gegen Ausländer“ zu fordern. Sie sind zwar *auch* für „Regulierung der Zuwanderung“, und zwar nach den Bedürfnissen der Wirtschaft, vor allem aber für freie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und den Sieg des Tüchtigen, und fordert „Toleranz“ und „Willkommenskultur“ von den (einheimischen) Verlierern.

Die „Reinheit der deutschen Rasse“ ist für sie ebenso überholt wie für das linke Milieu<sup>11</sup> und seine pensionierten Oberschulmeister. Für ein Einwanderungsland ist ein „brauner“ **deutschnationaler** Patriotismus (nur echt mit dem „deutschen Blut“) sinnlos und spaltend. Die Grenzen des Nationalstaats sind dem Kapital zu eng geworden.

Natürlich ist Patriotismus auch für ein *Einwanderungsland Deutschland* notwendiger denn je: Im Gegensatz zu den sechziger oder siebziger Jahren der BRD (wo das Zeigen der Staatsfahne bereits als Ausweis einer rechtsradikalen Gesinnung galt) hängt heute vor jedem Scheißhaus die schwarzrotgoldene Fahne des deutschen Kapitals. Die sich selbst so nennenden „Qualitätsmedien“ der Demokratie (Stern, Spiegel, ZEIT, FAZ, Welt usw.; nicht nur die viel beschimpfte Bildzeitung!) sondern bei jeder Gelegenheit aufdringlichen Patriotismus ab. („Wir sind Deutschland“, „Wir Deutsche“ usw.)

Denn je schlechter die soziale Lage der Lohnabhängigen ist, ob eingewandert oder einheimisch, desto notwendiger ist es, dass sie die Staatsgewalt der BRD nicht einfach für die

---

<sup>9</sup>Derselbe verdächtigt die „Konservativen und Rechten“ auch, Schlesien und Ostpreußen zurückerobert zu wollen. Wozu sie das tun sollten, weiß man nicht recht, denn über die EU haben sie eigentlich diese Gebiete ja schon längst. Aber ein Ideologe von 1968 kann sich wahrscheinlich nichts anderes denken. Er kennt halt nur das Drehbuch von 1933.

<sup>10</sup>Zu den letzten Zuckungen der „deutschnationalen Linie“ gehörte das „Heidelberger Manifest“ (1981) einer Gruppe von eher wirtschaftsfernen emeritierten Professoren und anderen betagten Würdenträgern. Die rochen schon damals nach Friedhofserde und sind inzwischen alle schon tot.

<sup>11</sup>Das linke Milieu ist nicht deckungsgleich mit der Partei DIE LINKE. Es sind die zum Milieu erstarrten Reste der demokratischen und sozialistischen Bewegungen im Westdeutschland der sechziger, siebziger und achtziger Jahre, die Gemeinde der Rechtgläubigen, die einander am Schlüsselwort „emanzipatorisch“ (Vor 1990: „fortschrittlich“) erkennen.

oberste Mafia zwischen Flensburg und Berchtesgaden halten. Aber das *Einwanderungsland Deutschland* muss den bösen dysfunktionalen (dysfunktional gewordenen) „braunen“ Nationalismus vom guten schwarz-rot-goldenen Patriotismus trennen.

„*Es ist wichtig, dass wir den Begriff 'Wir Deutsche' neu definieren.*“ (Prof. Schiffauer, „Rat für Migration“, Frankfurt/ Oder)

Der neue Patriotismus geht nicht mehr vom deutschen Blut und Boden aus, sondern verteidigt die *europäischen Werte* (das kann alles mögliche sein, je nach Bedarf: Menschenrechte, Frauenrechte, sogar „Arbeiterrechte“, der Kampf gegen die „Korruption“, das heißt für freien Zugang zu allen Märkten, oder auch einfach „Freiheit!“), die ihm das Recht verleihen sollen, nach Belieben überall auf der Welt bewaffnet zu intervenieren.

Im Kampf gegen den „Nationalismus“ des „Mobs“ stellte sich das linke Milieu während der Flüchtlingskrise 2015 bedenkenlos auf die Seite des Bundes der deutschen Industrie und des Staates.

Wer die naheliegende Befürchtung äußert, dass die Geringverdiener und Transferleistungsempfänger die Kosten der „Flüchtlingskrise“ zahlen müssen, betreibt „*fremdenfeindliche Hetze*“.

Wer — „*in seinem bornierten Lohninteresse*“ (keinort.de) — gegen freie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ist, ist ein „Rassist“, auch wenn er **nicht** von einer „genetischen Überlegenheit der weißen Rasse“ fantasiert, sogar wenn er selbst türkischer oder südeuropäischer Abstammung ist.

Wer darauf hinweist, dass es in Deutschland z. B. 300.000 Obdachlose gibt, für die keine Wohnungen gebaut werden, nicht einmal Heime, der „*spielt Einwanderer gegen Einheimische aus*“.

„Unsolidarisch“, „verroht“, ja sogar „brutalisiert“ sind nach Meinung der pensionierten Oberschulmeister und Pfaffen des linken Milieus diejenigen, die — bloß weil sie hier geboren sind und Steuern, Sozialbeiträge etc. gezahlt haben — nicht bereit sind, ihre Transferleistungen (Hartz IV, Rente usw.) mit den Einwanderern zu teilen.

Der Begriff „Solidarität“ stammt aus der Arbeiterbewegung. Solidarität bedeutete damals allerdings nicht Nächstenliebe und Verzicht (zugunsten der Staatskasse!), sondern war ein **Kampfmittel** gegen das Kapital. Also das Gegenteil von dem, was das linke Milieu fordert.

Auf die Furcht der AfD-wählenden „Dumpfbacken“ vor Lohndumping durch Zuwanderer antworten die Linken höhnisch:

„*Man muss sich schon an ziemlich viele Abhängigkeiten und Erpressungen gewöhnt haben, um auf den verrückten Gedanken zu kommen, dass einem Ausländer die Arbeit wegnehmen, und dass das etwas schlechtes sei.*“ (keinort.de)<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup>Die Seite hat der Autor inzwischen (Ende 2017) vom Netz genommen. Von seinem Sozialrassismus distanziert er sich deswegen wohl noch lange nicht.

Natürlich geht es nicht um Arbeit, sondern um Einkommen. Die Konkurrenz ist auch kein „verrückter Gedanke“, sondern „*die Verkehrsform der bürgerlichen Gesellschaft*“ (Marx). Aber für den Deutschlehrer, den Pastor und den gewerbsmäßigen Paragraphenbieger (das sind ja die Kreise, aus denen sich das linke Milieu rekrutiert) sind Einwanderer noch lange keine Konkurrenz. Daher können sie sich diese Sorte gesunden Menschenverstand leisten.

*„Geholfen wird den Flüchtlingen (...), weil sie 'Menschen' sind. Mehr wird ihnen auch nicht garantiert, als dass sie Menschen bleiben, sprich: sie werden am Leben gehalten.“* (keinort.de)

Mehr als *am Leben erhalten* zu werden können nicht verwertbare Lohnabhängige, ob Migranten oder einheimische Sozialfälle, von keinem Staat der Welt erwarten; normalerweise aber nicht einmal das. Deutschland unterscheidet sich darin (momentan) eher positiv; deswegen ist es ja auch so beliebt.

*Weil sie Menschen sind*, werden Millionen einheimische Arbeitslose und sonstige unverwertbare Menschen in Westeuropa auf diese Weise am Leben erhalten, in Deutschland konkret durch Hartz IV, die Tafeln und Suppenküchen. Doch für „Antirassisten“ und „Antifaschisten“ besteht der Skandal nur darin, dass es Flüchtlinge betrifft.

Hinter dem „Antirassismus“ und „Antifaschismus“ des linken Milieus lässt sich unschwer der alte Hass des Mittelstandes gegen die einheimische Unterschicht erkennen:

- „*Pack, Gesindel, Mob*“ (Siegmar Gabriel, SPD-Minister), oder auch kurz: „*Dieser Dreck!*“ (Joschka Fischer, Außenminister a. D.),
- „*Dumpfbacken, Grenzdebile, ständig besoffen und brutal*“ (Charakterisierung der Nazis in den Publikationen der Antifa, gelesen auf [planet.blogspot.de](http://planet.blogspot.de))
- „*Menschen, die seit Jahrzehnten direkt und indirekt Transferleistungen in bisher ungekannten Höhen entgegengenommen haben, erdreisten sich ...*“ (Frank Stauss, MdB - SPD, über die PEGIDA-Demonstranten.)



Sozialrassismus des linken Milieus: Aus der taz

## Resultate der Flüchtlingskrise

Zwanzig Jahre lang wurden in Deutschland keine Sozialwohnungen mehr gebaut.

„Gering qualifizierte“ Einheimische haben in Deutschland keine Chance auf ein Einkommen über dem offiziellen Existenzminimum (nicht dem **tatsächlichen!**)<sup>13</sup>, selbst wenn sie **nicht** arbeitslos sind.

Nun kommen Flüchtlinge, und für *die* sollen jetzt die Wohnungen gebaut werden, für die zwanzig Jahre lang kein Geld da war. Und nicht nur das: Die Neuankömmlinge sollen auch „qualifiziert“ und „integriert“, also mit Arbeit und Einkommen versehen werden.

**Selbstverständlich auf Kosten der Einheimischen:** Denn wenn Schäuble sagt, die „schwarze Null“ solle durch die Flüchtlinge nicht gefährdet werden — egal, ob er das selbst glaubt oder jemals geglaubt hat —, dann heißt das im Klartext „die Einheimischen haben die Kosten der Zuwanderung zu tragen.“ Durch sinkende Transferleistungen und Löhne sowie steigende Steuern und Sozialbeiträge.

Auch wenn die „Wohnungen für Flüchtlinge“ nur aus Absichtserklärungen und Sonntagsreden von Politikern gebaut werden (wovon auszugehen ist), und die „Integration“ und „Qualifikation“ nur aus heißer Luft besteht, ist das eine Provokation. Es ist nur der *tatsächlichen* Toleranz und Weltoffenheit der einheimischen Unterschicht zuzuschreiben, dass es, von Ausnahmen abgesehen, bisher nur zu Protesten und nicht zu wirklichen blutigen Gewalttaten gekommen ist.

Die soziale Frage wird in Deutschland (wie in allen hochindustrialisierten Staaten) ausschließlich von der extremen Rechten gestellt: „Geld für die Oma, statt für Sinti und Roma!“ (NPD-Parole). Die von links als rassistischer Mob diffamierte Unterschicht kann sich politisch nur nach rechts wenden.

Für die Partei DIE LINKE heißt das zunächst, dass sie ihre Rolle als Vertretung des Ostens an die AfD verliert. Im Westen wird sie mittelfristig sowieso an der 5-Prozent-Hürde scheitern.

Auch eine Linienänderung, wie sie sich nach schweren Wahlniederlagen seit Frühjahr 2016 andeutet, wird der LINKEN nichts helfen. „*Wer mitregiert, haftet mit!*“, sagte Sahra Wagenknecht in einer ihrer Reden sehr richtig. Aber die LINKE *will* ja gar nichts anderes als mitregieren.

Aus diesem Grund ist sie keine Alternative. Eine LINKE, die wirklich eine Alternative sein wollte, würde offen erklären, keine Koalition mit einer demokratischen Partei einzugehen, in der sie nicht zumindest die stärkste Kraft ist. Aber die Führung der LINKEN gibt eher die LINKE auf, als die Aussicht auf einen Ministerposten.

---

<sup>13</sup>Wer in Deutschland annähernd die *„vollständige Reproduktion“* (Marx) schafft, gehört schon zu den „Besserverdienenden“.

Die AfD ist dagegen an keiner Regierung beteiligt und ihre Führer streben das vorläufig auch gar nicht an. (Gauland) Das ist natürlich nicht prinzipiell gemeint, sondern liegt an der Ausgrenzung der AfD sowie der politischen Unerfahrenheit einer Volksbewegung. Aber gerade die Ausgrenzung der AfD durch die „demokratischen Parteien“ ist zugleich die beste Voraussetzung für ihr weiteres Wachstum. Sie hat mit den sozialen Schandtaten der „demokratischen Parteien“ nichts zu tun und kann sie vor sich hertreiben.

Das Volk hat also nur die Wahl zwischen *rechts* (den „demokratischen Parteien“) und *ganz rechts* (den „Populisten“).<sup>14</sup> Die Rechten kennt es, also wählt es die ganz Rechten. Damit ist gewährleistet, dass der soziale Protest sich nicht gegen Staat und Kapital wendet, wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, sondern ins Leere läuft. Die „PEGIDA“ demonstrieren unter der schwarzrotgoldenen Fahne des deutschen Kapitals und schwören ja eigentlich nur, dass sie auch gute Staatsbürger sein wollen. Und der Protest gegen den Neoliberalismus von CDU und SPD wird von einer ebenfalls neoliberalen Partei (AfD) aufgefangen. (Gauland ist ehemaliger hessischer Staatssekretär und altgedienter CDU-Politiker, Meuthen stand der FDP nahe und war Referent im hessischen Finanzministerium, Marcus Pretzell war langjähriges FDP-Mitglied, ebenso wie Beatrix von Storch. Und so weiter.)

Für die *wirklichen* „Konservativen und Rechten“ (die nichts mit dem deutschnationalen Popanz aus den dreißiger Jahren zu tun haben, den das linke Milieu immer wieder aufbaut) ist das eine komfortable Situation.

---

<sup>14</sup>Das ist in allen westlichen Staaten so.